

Bildervortrag II. 1. Teil

Stp. Schaller.

Anzeige.

Anzeige.

Verwandten und heute Nacht unsere

Sautter

Lehrerin hier

1925. 486

Sautter

1925. 486

Lehrerin hier

1925. 486

Lehrerin hier

1925. 486

Lehrerin hier

1925. 486

Lehrerin hier

1925. 486

Lehrerin hier

1925. 486

Lehrerin hier

1925. 486

Lehrerin hier

1925. 486

Lehrerin hier

1925. 486

Lehrerin hier

1925. 486

Lehrerin hier

1925. 486

Lehrerin hier

1925. 486

Lehrerin hier

1925. 486

Lehrerin hier

1925. 486

Lehrerin hier

1925. 486

Bezugs-Preise
Monat. einchl.
Lagerlohn M 1,00
Einzelnummer 10 J
Erscheint an
jed. Werktag
Bezeichnete Zeitung
im O.V. Bez. Nagold.

Der Gesellschafter

Amts- und Anzeigebblatt für den Oberamtsbezirk Nagold
Nagolder Tagblatt
mit illustrierter Sonntags-Beilage „Feierstunden“

Anzeigen-Preise
Die einpaltige Zeile
aus gemöbl. Schrift
od. deren Raum 12 J
Familien-Kurz 10 J
Reklame-Zeile 16 J
Kollektivanzeigen
50 % Zuschlag.

Nr. 29 Begründer 1826 Donnerstag den 5. Februar 1925 Fernsprecher Nr. 29. 99. Jahrgang

Tagespiegel

Reichstanzler Dr. Luther wird am nächsten Montag im Gürzenichsaal in Köln eine politische Rede halten. Die Denkschrift der Reichsregierung in der Frage der Entschädigungen für die unter dem Mikumsystem von der Ruhrindustrie ausgeführten Entschädigungsleistungen wird am Freitag dem Reichstag übergeben werden.

Die „Allg. Ztg.“ schreibt zu der peinlichen Angelegenheit: Darüber, daß die Reichsregierung verurteilt war, die Entschädigungsleistungen, welche die Ruhrindustrie für das gesamte Reich anlegte, zu veranlassen, hätte kein Zweifel bestehen. Was indes wohl erfolgt, wenn das Reich die Industrie im Stich gelassen hätte, und die Franzosen, um sich ihre Entschädigungsleistungen zu helfen, sich der Ruhrindustrie bemächtigt und in Ausübung der Koalition der Bevölkerung mit Terrorarbeit selbst die Kräfte gelähmt hätten?

Monatsgehalt von 500 Mark angestellt worden; er sei aber im November wieder ausgetreten. Die Anwesenheitsliste mit den Vornamen, denen sich auch der Polizeipräsident Richter angeschlossen, seien häufig gewesen, dabei wurde viel Gekuschliches verhandelt. Das Barreau vom Reichswirtschaftsminister, dem Sozialdemokraten Robert Schmidt, das Vorkaufsrecht zur Einfuhr von Lebensmitteln erhielt, sei ihm nichts bekannt. Der damalige unabhängige Adv. Künze habe vor Barreau ein Darlehen von 5000 Mark genommen. Doch Barreau endlich als Verleger erster Klasse bezeichnet worden sei, habe er Anfangs 1919 erfahren.

Amlich wird mitgeteilt, daß die Entschädigungsansprüche an die Ruhrindustrie sich auf einen Zeitraum von mehr als einem Jahr erstrecken, daß sie also nicht, wie ein Berliner Blatt behauptete, erst seit 20. Dezember 1924 erfolgten. Die Forderungen sind genau geprüft und teilweise um 20 bis 30 Prozent herabgesetzt worden.

Das Pariser „Journal“ will in Berlin erfahren haben, in den diplomatischen Kreisen des Reichs sei man der Ansicht, daß die Zahlung von Entschädigungen an die deutschen Ruhrindustriellen für die Durchführung der Mikumverträge einen Bruch der Beziehungen des Bundes mit den Verbündeten herbeiführen würden, während sich der Reichstagsausschuß wohl mit Recht auf den Standpunkt stellt, daß es gleichgültig ist, ob die Summe der Entschädigungen eines Nachtragsbudgets dem Budgetrecht des Reichstags entspricht hätte. Das Reichsfinanzministerium will nunmehr dem Wunsch des Reichstags Rechnung tragen und gleichzeitig mit der Denkschrift, die das Schicksal seiner Maßnahmen rechtfertigen soll, um nachträgliche Genehmigung seines Verjahrens nachsuchen.

Projekt Aconer
Berlin, 4. Febr. Heute begann der Prozeß gegen den Landgerichtsdirektor Aconer in Berlin wegen Beleidigung des Landgerichtsdirektors Lewersdorf - Nagold auf Grund des bekannten Urteils im Prozeß Ebert-Rothardt. Die Verhandlung stellte den Eintritt auf Vernehmung bis zur Erledigung der Beweisaufnahme dieses Prozeßes.

Es wird davon gesprochen, daß die englischen Besetzungstruppen nach Wiesbaden und Umgebung verlegt werden sollen.

Das Pariser „Journal“ will in Berlin erfahren haben, in den diplomatischen Kreisen des Reichs sei man der Ansicht, daß die Zahlung von Entschädigungen an die deutschen Ruhrindustriellen für die Durchführung der Mikumverträge einen Bruch der Beziehungen des Bundes mit den Verbündeten herbeiführen würden, während sich der Reichstagsausschuß wohl mit Recht auf den Standpunkt stellt, daß es gleichgültig ist, ob die Summe der Entschädigungen eines Nachtragsbudgets dem Budgetrecht des Reichstags entspricht hätte.

Thronerbenpflicht in Elb-Lothringen
Straßburg, 4. Febr. Bei einem Empfang der Stadtgesellschaften von Straßburg sagte Bischof Koch, die französische Regierung habe verlangt, daß auch die Priesteramtsträger der Diözesen Straßburg und Metz vom Jahr 1925 der militärischen Dienstpflicht genügen müssen. Er habe aber den Militärern den Eintritt in die Kasernen verboten, solange die Dienstpflicht nicht von Vertretern des katholischen Volks durch Gesetz festgelegt sei. Fünf Erlasse der Regierung in Paris, die Dienstpflicht zu gestatten, habe er abgelehnt. Er könne nur bedauern, daß das Verbot der Regierung, die bisherige religiöse Unterwerfung des Bundes (unter der deutschen Regierung waren bekanntlich die katholischen Theologen vom Militärdienst befreit. D. Schr.) nicht geboten worden sei.

Der Erfolg der Mikumleistungen

Die Ruhrentschädigungen scheinen sich zu einer großen Sache auszuweiten. Es handelt sich allerdings ja nicht um Entlohnung, nicht um Kreditleihenhandel, nicht um Spruchverfahren. Sondern es ist ganz einfach das Staatsrecht des Reichstags verletzt worden. Die Parteien, die sich in der Ausübung von Standesleistungen förmlich den Rang ablaufen, um sich gegenseitig eins auszuweisen, werden sich voraussichtlich zur Rettung parlamentarischer Befugnisse auf einen gemeinsamen Boden zusammenfinden.

Neue Nachrichten

Die Vorschläge zur Steuerreform
Berlin, 4. Febr. Die Steuervorschläge des Reichsfinanzministers von Schlieffen für die heutige Konferenz der deutschen Finanzminister in Berlin gehen, wie verlautet, dahin, daß die Reichseinkommen- und Körperschaftsteuer je um ein Drittel ermäßigt werden sollen, die Länder und Gemeinden sollen aber Zuschläge zur Reichsteuer erheben dürfen, die an eine gewisse Höchstgrenze gebunden und vom Reichstag zu genehmigen sind. An der Umsatzsteuer sollen die Länder einen höheren Anteil erhalten. Für diesen Ausfall an Reichseinkommen sollen die Verbrauchssteuern zugunsten des Reichs erheblich gesteigert werden. Das ganze verwickelte Steuerfest soll vereinfacht werden, wobei gewisse Reichsteuern den Ländern und Gemeinden ganz überlassen und einige Steuern der Inflationszeit aufgehoben werden. Außer diesen Steuerfragen wird die Konferenz sich noch mit den Auslandskrediten der Länder und Gemeinden und mit der Aufwertung befassen.

Das Abgeordnetenhaus in Washington hat angenommen, daß die Vereinigten Staaten eine Abrüstungskonferenz einberufen sollen. Die Kommission sprach sich für den Beitritt zum Haager Schiedsgericht aus.

Der Verfassungsausschuß des preuß. Landtags vernahm heute den Abgeordneten Heilmann. Dieser gibt auf eine Anfrage des Vorsitzenden an, er habe seit 1923 gemerkt, daß Barreau in Beziehungen zur Staatsbank stand. Der Vorsitzende Professor Dr. Leidig stellt fest, daß das Freundschaftsverhältnis zwischen Barreau und Heilmann sehr eng gewesen sei. Heilmann habe Generalvollmacht gehabt.

Die Besetzung nicht „unendlich“

Paris, 4. Febr. In der gestrigen Kammer Sitzung sprach Adv. Leon Blum (Soz.) sein Bedauern aus, daß der Bericht der Ueberwachungskommission nicht vor dem 10. Jan. veröffentlicht worden sei, um die Linksparteien in Deutschland in ihrem Kampf gegen die Nationalisten zu unterstützen. Er frage, wie lange die Besetzung dauern solle. Herriot teilt nicht den Standpunkt Poincarés, daß die Besetzungsrufen noch nicht zu lauten begonnen haben. Adv. Bouillon ruft: „Am Senat hat Herriot das Gegenteil gesagt!“ Der vormalige Kriegsminister Maginot stellt fest, die Worte Herriots in seiner letzten Kammerrede seien gar nicht anders zu verstehen, als daß Frankreich dauernd am Rhein bleiben wolle. Herriot erklärt, er ändere an seiner Rede nichts; unendlich solle die Besetzung nicht dauern. Die Kammer nahm darauf den Kredit von 58 000 Franken für die Verrentung Elb-Lothringens beim Vatikan mit 316 gegen 246 Stimmen an.

Was liegt nun vor? Man muß bis in die Zeit des Ruhrkampfes zurückgehen, um den Faden der Ereignisse zu finden. Als dieser unübliche, aber erbittert geführte Krieg im Herbst 1923 zu Ende ging, spielte die Frage eine große Rolle, wer die Kosten aus den von den Franzosen verlangten Lieferungsverträgen, die von der Ingenieurkommission, auch „Micum“ genannt, diktiert wurden, zu tragen habe. Am 14. Oktober 1923 wurde ein Briefwechsel zwischen Hugo Stinnes und dem ehemaligen Reichstanzler Stresemann veröffentlicht. Stinnes hatte am 7. Oktober angefragt, ob das Reich bereit sei, die Kosten für die Mikumverträge zu übernehmen. Dr. Stresemann — er befand sich gerade in seiner zweiten großen Koalitionserklärung — erwiderte am 12. Oktober unter Hinweis auf die schlechte Finanzlage des Reichs und auf die Gefahr der weiteren Marktentwertung: „Die Reichsregierung kann Ihnen und Ihren Freunden gegenüber deshalb weder eine Bürgschaft für die Zahlung der Entschädigungskosten, noch für einen Erfolg der beschlossenen Kohle, noch einen Erfolg für die Kohlensteuererträge übernehmen.“ Dabei beruhigte sich die Debatte nicht. Die Arbeiter und Angestellten der Ruhrindustrie, die über schlechte Entlohnung und über das Inflationsleiden klagten, wurden darauf verwiesen, daß die Arbeitgeber noch viel fürchterlichere Opfer zu bringen hätten. Aber es kam ganz anders. Die Arbeiter mußten bei beschränktem Lohn wieder Mehrleistung aufbringen, was nur aus ihnen herausging. Den Arbeitgebern wurde die Kohlensteuer erlassen, — ein Geschenk des Steuerzahlers. Und dann begann das Reich, die Mikumkosten aus allgemeinen Mitteln zu erheben. Noch im November 1923 löste das Kabinett der zweiten großen Koalition einen Beschluß, der den ersten Brief Stresemanns abänderte. Wie lautete der Beschluß? Etwas, daß bei Besetzung der Finanzlage des Reichs der Reichstag Mikum-Entschädigungen bewilligen solle? Ach nein, man ging sehr diplomatisch und ganz unparlamentarisch vor. Tiefes Dankes lobte über der Krisezeit. Am 10. September 1924 erließ das Kabinett Marx eine Bekanntmachung über Bewilligung von Ruhrschäden. Am 10. Dezember erweirerte der Reichsminister für die besetzten Gebiete die Bergütungen, obwohl bereits im Juni 1924 das Reich die Hälfte der Mikumkosten durch Hingabe von G-Schuldenscheinungen übernommen hatte. Alles geschah ohne Befragung des Reichstags. Im Hauptentscheid des Reichstags hat Staatsminister Fischer die Aufgabe gemacht, daß an die Ruhrindustrie 645 Millionen Goldmark ausbezahlt und weitere 70 Millionen bewilligt worden sind.

Der Verfassungsausschuß
Berlin, 4. Febr. Der Verfassungsausschuß des preuß. Landtags vernahm heute den Abgeordneten Heilmann. Dieser gibt auf eine Anfrage des Vorsitzenden an, er habe seit 1923 gemerkt, daß Barreau in Beziehungen zur Staatsbank stand. Der Vorsitzende Professor Dr. Leidig stellt fest, daß das Freundschaftsverhältnis zwischen Barreau und Heilmann sehr eng gewesen sei. Heilmann habe Generalvollmacht gehabt.

Der Warenverkehr nach dem Saargebiet
Paris, 4. Febr. Nach einer Vereinbarung der französischen Regierung mit der Sozialkommission unterliegen sämtliche deutsche Waren, die ins Saargebiet eingeführt werden, dem französischen Zolltarif. Die Privatfabrikindustrie kann in diesem Jahr weiterarbeiten. Der Alkoholverbrauch soll 3 Liter auf den Kopf nicht überschreiten; wenn er 3,5 Liter übersteigt, so soll er zwangswise zugemessen werden. Die indirekten Steuern werden durchweg erhöht. Es werden strenge Maßregeln gegen den Schmuggel getroffen. Die Zolllinie im Süden des Saargebiets (gegen die Pfalz) soll fallen, dagegen die Zollüberwachung im Norden stark verschärft werden.

Die Besetzung nicht „unendlich“
Paris, 4. Febr. In der gestrigen Kammer Sitzung sprach Adv. Leon Blum (Soz.) sein Bedauern aus, daß der Bericht der Ueberwachungskommission nicht vor dem 10. Jan. veröffentlicht worden sei, um die Linksparteien in Deutschland in ihrem Kampf gegen die Nationalisten zu unterstützen. Er frage, wie lange die Besetzung dauern solle. Herriot teilt nicht den Standpunkt Poincarés, daß die Besetzungsrufen noch nicht zu lauten begonnen haben. Adv. Bouillon ruft: „Am Senat hat Herriot das Gegenteil gesagt!“ Der vormalige Kriegsminister Maginot stellt fest, die Worte Herriots in seiner letzten Kammerrede seien gar nicht anders zu verstehen, als daß Frankreich dauernd am Rhein bleiben wolle. Herriot erklärt, er ändere an seiner Rede nichts; unendlich solle die Besetzung nicht dauern. Die Kammer nahm darauf den Kredit von 58 000 Franken für die Verrentung Elb-Lothringens beim Vatikan mit 316 gegen 246 Stimmen an.

Woskau erkennt die Vorkriegsschulden nicht an
Paris, 4. Febr. Der Moskauer Berichterstatter des „Zeit Parisien“ meldet aus einer Unterredung mit Nikolai dem Nachfolger Lenins, die kommunistische Revolution erkenne, wie Nikolai erklärte, die russischen Vorkriegsschulden grundsätzlich nicht an. Wenn aber Frankreich wirtschaftlich und politisch mit Rußland zusammenarbeiten und zu Wiederherstellung seiner Industrie beizutragen sein wolle, so

Woskau erkennt die Vorkriegsschulden nicht an
Paris, 4. Febr. Der Moskauer Berichterstatter des „Zeit Parisien“ meldet aus einer Unterredung mit Nikolai dem Nachfolger Lenins, die kommunistische Revolution erkenne, wie Nikolai erklärte, die russischen Vorkriegsschulden grundsätzlich nicht an. Wenn aber Frankreich wirtschaftlich und politisch mit Rußland zusammenarbeiten und zu Wiederherstellung seiner Industrie beizutragen sein wolle, so

würde sich schon ein Weg finden lassen, um Frankreich schadlos zu halten.

Wiltbert in London

London, 4. Febr. Der Generalsekretär für die Damespaltungen, Parker Wiltbert, ist zu Besprechungen mit dem Schahzänger Churchill aus Berlin in London eingetroffen. Wie verlautet, soll trotz der englischen Ärmisung die Durchführung des Damesplans durch Deutschland mit der Regierung der Verbändestrategieverbände werden.

Der Mißgriff Chamberlains

London, 4. Febr. Der „Manchester Guardian“ schreibt Außenminister Chamberlain hat sich in seinem Amt nicht gut eingeführt. Sein Mißverhältnis an Kairo war schlecht; er hat es eingesehen und sich entschuldigt. Statt aber daraus zu lernen, Mißgriffe zu verhindern, hat er einen neuen begangen. Seine Rede auf dem Bankett der Junierversammlung der Reichsminister Dr. Luther und die deutsche Entlassung war ein Mißgriff. In der Rede Luthers war rein nichts enthalten, was zu einer Verurteilung hätte Veranlassung geben können. Die Herabsetzung der Verbündeten zur Einhaltung der Vertragsbestimmungen bereit seien, war unglücklichemweis nicht weniger notwendig als die entsprechende Vericherung Luthers. Chamberlain ist eben befangen in der Vertragsverletzung der Nichterfüllung Kölns. Kann übrigens Chamberlain auch für die Vertragsverletzung der anderen Verbündeten einstehen? Weiß er nicht mehr, daß eine englische Regierung gar nicht in der Lage ist, die Unrechtmäßigkeit der Ruhrbesetzung zu hindern? Hätte Chamberlain Herris Kamerrede nur halb so scharf beurteilt so hätte er zugehen müssen, daß der Friede auch von anderer Seite bedroht ist. Wie sind zur Diktaturpolitik zu rückgekehrt, die jetzt ebenso schlecht wirken wird wie damals

Englische Schutzölle von Zoll zu Zoll

London, 4. Febr. Die englische Regierung wird auf das Einbringen eines allgemeinen Industriezollgesetzes, wie es in der Thronrede angekündigt war, verzichtet und dafür wie letztmals im Jahre 1890, jeweils einen Zoll für solche Industriezölle beantragen, die des Schutzes bedürfen. Die Bodifizität muß durch einen vom Handelsamt einzuführenden Ausschuss im Einverständnis mit dem Schatzamt festgelegt werden. Von den Schutzöllen sind die Lebensmittel ausgenommen.

Unbrauchbare Militärflugzeuge aus England

Bukarest, 4. Febr. In einer geheimen Sitzung der rumänischen Kammer wurden Mißbräuche bei der Bestellung von Flugzeugen für Rumänien in England besprochen. Die Opposition behauptete, daß die Flugzeuge „ihrem Zweck nicht entsprechen“ und zu teuer seien. In der ganzen Angelegenheit scheint eine sehr einflussreiche Persönlichkeit verwickelt zu sein, die auf dem Kauf der Flugzeuge in England bestand. Aus diesem Grund hat auch der Kriegsminister die Behandlung dieser Interpellation in einer geheimen Sitzung verlangt. Die rumänische Regierung ist eifrig bemüht, zu verhindern, daß Nachrichten über die geheime Sitzung in die Öffentlichkeit dringen und sie hat die Wälder „Dimineața“ und „Abenerul“, die Anspielungen auf diese Sitzung brachten, gemahnt. Den Berichterstatter dieser Wälder wurde der weitere Zutritt zur Kammer untersagt. In oppositionellen rumänischen Kreisen bezeichnet man diese Angelegenheit als eine neue große Panama-Affäre, in der zahlreiche hochgestellte Persönlichkeiten bloßgestellt sein sollen.

Die Türkei und Griechenland

Konstantinopel, 4. Febr. Die türkische Regierung trifft angesichts der drohenden Hoelang Griechenlands an der griechischen Grenze von Adrianopel Abwehrmaßnahmen. In London befürchtet man, daß nach dem griechischen Patriarchen auch der jüdische Oberrabbiner aus Konstantinopel ausgewiesen werden könne. Das türkische Pressebüro in Paris erklärt, die Türkei beabsichtige nicht, das östliche Patriarchat abzuschaffen. Der heilige Synod hat aber nur eine politische Einrichtung im Dienst Griechenlands und er habe die Wahl des Patriarchen Konstantin herbeigeführt, um in der Türkei Uneinigkeit und Herausforderung zu schaffen. Gegen die Wahl eines neuen Patriarchen würde die Türkei keine Einwendungen erheben. Aber Griechenland habe kein Recht, sich in innere Angelegenheiten der Türkei anzumischen. Der Kaiser „Secolo“ meldet aus Athen, die griechische Regierung habe beschlossen, bei ausländischen Firmen Waffen und Munition anzukaufen. In Iraklia (Griechenland) griffen die Kommunisten das Postamt an, die Post und andere Verwaltungsgebäude an. In dem Kampf wurden fünf Mann getötet, viele verletzt.

Bestimmung im Vatikan gegen Herriot

Rom, 4. Febr. In vatikanischen Kreisen hat die Ablehnung der französischen Botschaft durch die französische Kammer sehr verstimmt, und man erklärt die Bewilligung der elch-schbringischen Vertretung als eine klägliche Ausschuldung, um im letzten Augenblick noch eine Vertrauensabstimmung für das Kabinett Herriot zu erlangen. Der Papst wird erst antworten, wenn der französische Senat entschieden haben wird.

Deutscher Reichstag

Haushalt des Reichsarbeitsministeriums

Berlin, 3. Februar.

Schluß des Berichts. Abg. Dittmann (Soz.) führt Beschwerde über die Lastenverteilung für die Sozialversicherung. Die Einwände der Arbeitgeber könnten nicht mehr gelten, nachdem die Regierung der Schwerindustrie unter Wahrung von Gesetz und Verfassung ein Geschenk von 700 Millionen in den Schoß geworfen habe. Der Redner fragt den Minister, ob es richtig sei, daß die Schlichtungstellen angewiesen wurden, bei ihren Schlichtungsprüfungen die Löhne und Gehälter recht niedrig zu halten im Interesse der Währung. Redner verlangt den Achtstundentag für alle Hand- und Kopfarbeiter; für die Bergarbeiter unter Tage und die Arbeiter in gesundheitsgefährlichen Betrieben ein

noch kürzere Arbeitszeit. Sonst würden die Gewerkschaften den Volksentscheid über den Achtstundentag herbeiführen.

Abg. Koch-Düffeldorf (Dem.): Mit den wirtschafts- und sozialpolitischen Versuchen der letzten fünf Jahre sei kein Segen gestiftet worden. Von den Sozialdemokraten werde anscheinend der schädigende Einfluß der Dames-Versprechungen auf die Sozialpolitik unterschätzt. Es sei eine Irreführung der Massen, wenn man ihnen verschweigt, daß sie einfach nicht mehr so gut leben können, wie vor dem Kriege. Das jetzige System der Erwerbslosenfürsorge lasse sich nicht aufrechterhalten. Die kleineren und mittleren Krankenkassen müssen erhalten werden. Die Leistungen der Unfallversicherungen bedürfen einer beträchtlichen Erhöhung. Die jetzigen Unfallrenten seien ganz unzureichend.

Abg. Stegerwald (Ztr.) verlangt Aufbesserung der Invalidrenten und der Höhe der Erwerbslosenfürsorge. Der großen Kollage der Kurzarbeiter müsse endlich abgeholfen werden. Mit dem schematischen Achtstundentag habe man das Kind mit dem Bad ausgeschüttet. Für eine gesetzliche Regelung der Arbeitszeit der gegenwärtigen Augenblick wenig geeignet. Besser wäre eine Vereinbarung zwischen den Gewerkschaften und Arbeitgebern. Die Verlängerung der Arbeitszeit dürfe nicht zur Dauererleichterung werden. Arbeiter dürften nicht auf dem Umwege über die Verlängerung der Arbeitszeit zu Lohnsteuern des internationalen Großkapitals werden. Während die Preise der Zigarren heute gegenüber der Vorkriegszeit auf das 3-4-fache gestiegen sind, betragen die Löhne der Zigarrenarbeiter teilweise weniger als vorher. Die Löhne der qualifizierten Arbeiter seien im Verhältnis zu den Gehältern der unteren Beamten sehr gesunken. Die Schäden des Ruhereintruchs seien den Arbeitgebern ganz und zum großen Teil ersetzt worden. Die Arbeiter und Angestellten hätten jedoch nichts davon bekommen. Wir fordern die gleichberechtigte Vertretung der Arbeitnehmer in allen wirtschaftlichen Körperlichkeiten, in denen die Arbeitgeber vertreten sind.

Abg. Thiel (Dp.): Die Organisationen der Arbeitgeber und Arbeitnehmer sollten mehr als bisher sich bemühen, ohne Inanspruchnahme der Schlichtungsämter durch freie Vereinbarungen zur Verständigung zu kommen. Redner empfiehlt einen Antrag des Ausschusses auf Veranlassung einer Erhebung über die Stellenlosigkeit der Angestellten. Mit dem Hinweis auf die 700 Millionen für die Ruhrindustrie wollten die Sozialdemokraten offenbar ihre Aufmerksamkeit von anderen Finanzskandalen ablenken. Bei der Regelung dieser Angelegenheit sollten aber auch die Arbeitnehmerorganisationen im Ruhrgebiet zur Verhandlung herangezogen werden. Die Arbeitsgerichte müßten in die ordentliche Gerichtsbarkeit eingebaut werden. Im Wohnungswesen müßten die Mieten so erhöht werden, daß wieder Interesse für den Bau neuer Wohnungen geweckt werde.

Abg. Schüb (Komm.) richtet heftige Angriffe gegen die Sozialdemokraten. Die Millionen-Verschwendung des Reichs an die Judenbarone verdiene die schärfste Verurteilung. Die sozialdemokratischen Minister Hülferding und Solmann hätten seinerzeit diesem Plan Störfemanns zugestimmt.

Berlin, 4. Februar.

Die 14. Sitzung wird um 3.20 Uhr eröffnet. Das Abkommen mit Polen über die Benutzung von Bauhilfen im Werte Kurzebrack im Kreis Marienwerder durch Polen wird in 1. und 2. Lesung angenommen.

Abg. Schulz-Bronberg (Dl.) kündigt für die 3. Lesung scharfe Beschwerden gegen die Polen an. Die polnische Grenzbesetzung gehe in unerhörter Weise ohne Recht und aus reiner Willkür gegen die friedliebende deutsche Bevölkerung vor, wenn sie sie treffen, schlepe sie ins Gefängnis und erschlehe sie sogar. Dieses Abkommen sei das Schlüsselglied einer Kette von vertragswidrigen Festsetzungen der Weichselgrenze, in der entgegen einem feierlichen Abkommen Österreich die freie Zugang zur Weichsel genommen werde. Darauf wird die zweite Lesung des Reichshaushalts fortgesetzt beim Reichsarbeitsministerium. Verbunden damit werden zahlreiche Anträge über die Arbeitszeit.

Abg. Schneider (Dem.) bemängelt die viele überflüssige Schreiarbeit in den Ministerien. Die Klagen der Vorkriegszeit müssen beseitigt werden. Die Arbeitslosenversicherung müsse endlich fertiggestellt werden.

Auf Antrag der Parteien werden noch etwa 50 Interpellationen und Anträge, die Arbeitsfragen betreffen, mit zur Verhandlung gestellt.

Abg. Drewnitz (Wirtschf. Bg.) schildert die schwere wirtschaftliche Kollage des Mittelstandes und fordert nachdrücklich Hilfe für Gewerbe und Handel. Die Lehrlinge müssen zunächst erzogen werden. Das ganze heutige Elend sei auf eine verkehrte Wirtschaftspolitik zurückzuführen. Die Arbeitgeber im Kleinhandel und Gewerbe wehren sich gegen Heberspannung der Sozialpolitik.

Abg. Schwarzer (Bauer. Bp.) dankt der Regierung für ihre sozialpolitischen Erklärungen. Dadurch sei die Befürchtung eines Rückwärtsrucks in der Sozialpolitik beseitigt worden. Auch das Verbleiben des Arbeitsministers auf seinem Posten sei eine Gewähr für eine verständige Fortentwicklung der sozialen Interessen.

Eine Denkschrift über die Beamtenbesoldung

Dem Reichstag ist eine Denkschrift über die Entwicklung der Beamtenbesoldung von 1897 bis zum Dezember 1924 zugegangen. Aus der Denkschrift geht hervor, daß die Bezüge der Beamten der mittleren und oberen Besoldungsgruppen sowohl seit 1897 als auch seit 1913 erheblich weniger aufgebessert worden sind als die der unteren Besoldungsgruppen. Infolgedessen sei bei den Grundgehältern und noch mehr bei den Gesamtbezügen eine Zusammenrückung der Spannungen eingetreten. In der Privatwirtschaft sind die Spannungen größer. Die Privatwirtschaft bezahlt ihre gut ausgebildeten und in leitender, verantwortlicher Stellung befindlichen Angestellten verhältnismäßig erheblich besser als das Reich seine vergleichbaren Beamten, während dies bei den mit Beamten der unteren Besoldungsgruppen vergleichbaren Angestellten nicht der Fall ist. Die 1913 zwischen den Bezügen der Beamten der heutigen Besoldungsgruppen 3, 8 und 9 bestehenden Spannungen von 1:2.55:4.4 sind bei der geltenden Regelung auf 1:2.33 zusammengedrückt. Die Denkschrift stellt weiter fest, daß zu dem System des Wohnungsgeldzuschusses zurückgekehrt werden mußte, nachdem sich das System des Ortszuschlags auf die Dauer als unhaltbar erwiesen hatte. Die Familienzuschläge stellen bei der heutigen Regelung für verheiratete Beamte der unteren Besoldungsgruppen bereits einen großen Teil ihrer Gesamtbezüge dar. Eine weitere Erhöhung des Familienzuschlags berge die Gefahr in sich, daß zwischen den Bezügen eines verheirateten Beamten und mehreren Kindern und denen eines ledigen Beamten ein Mißverhältnis entstehen könnte, das mit besoldungspolitischen Gesichtspunkten nicht mehr zu vereinbaren wäre. Der Denkschrift ist eine Uebersicht über die Entwicklung der Besoldung beigelegt. Aus dieser ergibt sich, daß die Großhandelspreise seit 1897 um insgesamt 68,1 v. H. gestiegen sind. Davon entfallen auf die Zeit von 1913 bis Dezember 1924 29,8 v. H. Die Kleinhandelspreise unter Einrechnung der Wohnungskosten stiegen sich insgesamt um 51,9 v. H., wovon auf die Zeit von 1913 bis Dezember 1924 22,3 v. H. entfallen. Die Arbeiterlöhne haben sich seit 1897 um insgesamt 97,9 v. H. für ungelernete und 70,3 v. H. für gelernete Arbeiter erhöht, wovon wiederum auf die Zeit von 1913 bis Dezember 1924 20 bzw. 11 v. H. entfallen. Bei den Reichsbeamten ergibt sich bei den unteren Besoldungsgruppen eine Steigerung von insgesamt 65 v. H., in den mittleren Gruppen von 24 v. H. und in den höheren Gruppen von 10,4 v. H. Seit 1913 beträgt die Steigerung in den unteren Gruppen 32, in den mittleren Gruppen 6 v. H. In den höheren Besoldungsgruppen ist seit 1913 eine Verminderung um 1 v. H. eingetreten.

Württembergischer Landtag

Stuttgart, 3. Febr. Im Landtag wurde heute nachmittags nach Beantwortung von zwei kleinen Anfragen das Gesetz über Bürgerrecht des Württ. Staats für die Städteanleihe in 3. Lesung angenommen und sodann die Beratungen über den Haushalt fortgesetzt. Abg. Widen (Bp.) billigte die Haltung des Arbeitsministeriums in den Fragen der Sozialpolitik, wünschte die Zusammenfassung der Berufsstände zum Zweck größerer Freiheit und Selbstverwaltung, den Abbau des Ernährungs- und Arbeitsministeriums, Schutz des Inlandsmarkts vor der Auslandskonkurrenz, sowie Förderung der Kapitalansammlung, ferner bessere Wahrung der Rechte Württembergs bei der Reichsbahngesellschaft, Aufwertung der Ansprüche Württembergs für Ueberschalt, Aufwertung der Ansprüche Württembergs für Ueberschalt, Aufwertung der Ansprüche Württembergs für Ueberschalt, Aufwertung der Ansprüche Württembergs für Ueberschalt.

Abg. Rauthe (Dem.) forderte, daß an die Stelle des Arbeitsministeriums eine der Wirtschaft in vollem Maß dienende Zentrale trete. Er brachte ferner eine Reihe von Wünschen der Schwarzwälder Industrie vor.

Staatspräsident Bazille rechtfertigte seine Haltung zum spanischen Handelsvertrag und betonte, daß sich die wirtschaftspolitische Auffassung der württ. Regierung mit der des Reichs decke. Sie habe nichts getan, was gegen die Grundzüge der Weltwirtschaft verstoße.

Abg. Dr. Schermann (Ztr.) bemängelte scharf die schlechte Bahnverbindungen im Oberland und die Zulagen der Eisenbahn. Was die Beamten in den höheren Gruppen an Prämien bekamen, wurden nicht bekannt, denn sie erhielten einen eingehaltenen Brief mit einem Sachverhalt und mit der Verpflichtung der Geheimhaltung. Der Redner wünschte ferner eine Zwischenentscheidung für die Auslandsdeutschen.

Abg. Hartmann (Dp.) wandte sich gegen das Zulagenystem der Reichsbahn, das zu einer Günstlingwirtschaft und Beschränkung führe.

Abg. Sengler (Ztr.) sprach ausführlich über Arbeiterlöhne.

Dem Bernehmen nach soll morgen im Landtag eine Doppellesung stattfinden. Es soll dadurch ermöglicht werden, den Arbeitsplan des Landtags durchzuführen und dem Redebedürfnis der Abgeordneten Rechnung zu tragen.

Württemberg

Stuttgart, 4. Febr. Die Kademie der bildenden Künste zählt im Winterhalbjahr 167 Studierende, 133 Maler und 14 Bildhauer.

Ein gefährlicher Anflug, Recht bedenklich ist ein Anflug, der gegenwärtig landauf, landab getrieben wird. Das religiöse Setzenwieser sucht sich auch auf dem lachenden Land keine Opfer. Es werden große Massen verwirrender Flugchriften verbreitet. In etwas größeren Orten werden unter allerhand bald geheimnisvollen, bald religiös sein sollenden, anreizenden Schlagworten Vorträge und Versammlungen veranstaltet, in denen dann ein heilloser Zug habergeschwätzt wird, das aber wegen seiner geschickten Verbrämung mit von Gottesgläubigkeit und Christentum trübenden Worten leider nicht bei allen Zuhörern der verdienten Abrechnung anheimfällt, sondern da und dort Opfer findet, mindestens aber bedauernde Menschen feilsch verwirrt.

Aus dem Lande

Steinbach, Ob. Eßlingen, 4. Febr. Hohes Alter. Daß ein hohes Alter häufig bei dürftigen Verhältnissen und den bescheidensten Ansprüchen erreicht wird, dafür haben wir hier lebende Zeugen. Unser Ort weist eine Reihe Witwen auf, die unter Entbehrungen und Mühsalen aller Art ein Alter von 80, 85, 89 und 90 Jahren erreichten. Eine alte, selbige Person, die von ihren frühlich gelangten Almosen lebt, steht bereits im Alter von 88 Jahren.

Tübingen, 4. Febr. Bon der Universität. Professor Dr. Bour von der katholisch-theologischen Fakultät hat den an ihn ergangenen Ruf auf den Lehrstuhl der Philosophie an die Universität Breslau angenommen. Professor Bour ist auch Mitglied des Landtags und dürfte aus diesem jetzt ausscheiden.

Omünd, 4. Febr. Selbstmord. Der im 24. Lebensjahr stehende, aus Ebingen gebürtige Oberschule-Kreuz des Ausbildungs-Bataillons hat sich in einem Anfall von Schwermut erschossen.

Umlöshagen. Vermittelt. Heiterfamilie 12 Jahren und 10 über nicht mehr

Heidenheim. t. r. Schule. London. Bezugs. landw. Birt. Der Bezirks. Klones. Für d. Einrichtung m. wand für die k.

Waldenort. Schahholter B. Sandbrönnen. und triben d. ander. Mit die. zupfassen. Ein. iere Schafe feh.

Hedgingen. nen Zeiten lei. weinbeereitru. des Hochschült. führen. Wenn. nennen. Sch. Hausen. K. lo. lungen.

Aus

Bauernf. Hofung der 1924 kann per. hofe bestimmte. Berficherung. ihm erhalten. Dauer der K. kollen haben. Antrag des D. eine ansteden. in der frühere. und bedeutet. Bauernstand. Berpflegung u. fächlich nur h.

auch deshalb. kentaßen erho. dern vom G. gelehren We. ien erhoben. Hofel das. gericht hat. frühereen Auf. gegenüber der. Selbstschuß v. Hotel allgeme. für das einge. Jahren in de. das Hotel her. unterfchreiben. Haftpflicht d. Rechtsgültigke. herigen Rechts. ist ein heftige. gericht dahin. Gäften gegen. abhanden gel. wärtigen mi. Haftabnahme. durch eine me. des Oepdäs.

Kriegsbed. 1. Febr. gted Albert 1. Verlesung des. Schriftführer. man zur Reu. durch Kllom. mitglieder . n. wurden daga. Karl Kausche. Besonders de. Verchiedene. fahrung der. Behörden soll. Giro Konto K. mit dann der. in Betracht te. die Südt. Es. auch auf die. schaftlichen G. die Gemeinde. Stimmesfeld. Beuren. Ein. lagt wurde. gung der Re. zahlung erhd. Romat, was. 1906 und 19. schädigten du. Selbst erlegt r. würde ihr D.

Halte. wurden im 1. Hier samt 6.

dem System des Wohlfahrtswesens werden mußte, schloß auf die Dauer als Familienzuschlag für verheiratete Beamte bereits einen großen Teil seiner Erhöhung des Fortschritts, daß zwischen den alten und mehreren Kandidaten ein Verhältnis politischer Gesichtspunkte. Der Denkweise hing der Befolgung beider Großhandelspreise seit liegen sind. Davon ent- Dezember 1924 29,6 v. H. der Wohnung- 19,9 v. H., wovon auf die 2,3 v. H. entfallen. Die 1897 um insgesamt 97,9 für gelehrte Arbeiter erst von 1913 bis Dezember 1924. Bei den Reichsbeamten- gruppierungen eine Steige- n mittleren Gruppen von 10,1 v. H. Seit 1913 unteren Gruppen 32, in den höheren Beförderungs- gruppen um 1 v. H. ein- zunehmen.

Milshagen, 4. Febr. Zwei Kinder vermählt. Seit Freitag abend lebten zwei Kinder der Arbeiterfamilie Trumm. Es handelt sich um ein Mädchen mit 12 Jahren und einen Knaben mit 8 Jahren, die abends zwischen 9 und 10 Uhr zum Milchholen weggeschickt wurden, aber nicht mehr zurückkehrten.

Heidenheim, 4. Febr. Landwirtschaftliche Winter- schule. In einer Sitzung hat der Gesamtschuß des Landes- Bezirksvereins zu dem Plan der Errichtung einer landw. Winterschule in Heidenheim Stellung genommen. Der Bezirksverein hofft jetzt auf baldige Verwirklichung des Planes. Für die Schule wäre ein Neubau notwendig, die Einrichtung müßte die Amtsförderung tragen, den Aufwand für die Lehrkräfte der Staat.

Walendorf, 4. Febr. Hunde im Schafstern. Der Schafhalter Beckner brachte abends eine Schafherde nach Walendorf. Am nächsten Tag drangen Hunde in den Vordach und trieben die Schafherde nach allen Richtungen aus- einander. Mit vieler Mühe gelang es, die Schafe wieder ein- zufangen. Ein Schaf wurde zerrissen aufgefunden, drei wei- tere Schafe fehlten noch.

Hechingen, 4. Febr. Wasser-versorgung. In trocke- nen Zeiten leidet Hechingen unter Wassermangel. Die Ge- meindeverwaltung hat deshalb beschloffen, die Vergrößerung des Hochbehälters bei Maria Zell in nächster Zeit durchzu- führen. Bevor Erwerbung einer weiteren Quelle, des sogenann- ten „Schwarzen Brunnens“ im Belleretal auf Wartung stehen i. R. schweben mit der Gemeinde Hausen Verhand- lungen.

Aus Stadt und Land.

Nagold, den 5. Februar 1925.

Die Menschen sind nicht gleich, so spricht die Gerechtigkeit.

Landtag
Landtag wurde heute nach zwei kleinen Anträgen 11. Staats für die Städte- und sodann die Beratungen 1. B. d. B. B.) billigte ums in den Fragen der Vermögensföhrung der Berufs- und Selbstverwaltung, und Arbeitsministerium, Auslandskontrollen, so- lung, ferner bessere Woh- bei der Reichsbahngefel- Württembergs für Ueber- das Reich und die Ge- im Württ. Industrie- te, daß an die Stelle des irtlichkeit in vollem Maße terner eine Reihe von uluriz vor.

schärferte seine Haltung und betonte, daß sich die r württ. Regierung mit his getan, was gegen die demöngelte (hört die herstand und die Zulagen in den höheren Gruppen ist bekannt, denn sie er- mit einem Schick und mit ng. Der Redner wünschte ng für die Auslands- andte sich gegen das Ja- zu einer Wünftlingswirt- ausführl. über Arbeiter- orgen im Landtag eine dadurch ermöglicht wer- durchzuführen und dem Rechnung zu tragen.

berg
ad-mie der bilden- albjahr 167 Studierende, bedenklich ist ein Anstieg, getrieben wird. Das re- auf dem Baden Land- neuen verwirklichter Flug- deren Orten werden unter und reichlich sein sollenden, Age und Verarmungen heillofes Zeug darüber- ger geschickten Verbrämung ristikum trübenden Wor- den verdienten Abrech- dort Doyer findet, müs- schen seelisch verwirrt.

ande
hr. hohes Alter. Das- gen Verhältnissen und den wird, dafür haben wir weilt eine Reihe Witwen n. Mühsal aller Art ein- ren erreichen. Eine alte, sch gelangenen Almosen Jahren.

r Universität. Pro- theologischen Fakultät hat den Beirath der Wöh- angenommen. Prof. For- gs und dürfte aus diesem

r d. Der im 24. Lebens- liche Oberstliche Kreis des einem Unfall von Schwer-

Darnach soll es ihn noch nach 1 Pfund Schwarzenmaggen ge- lästet haben. (Wie hoch der in Aussicht gestellte Preis war, ist uns nicht bekannt. Jedenfalls war er nicht gering. Als Unternehmer für beratige Leistungen dürften wohl auch seine Magen anke auftreten. D. Red.).

Heidenheim, 4. Febr. Im Wald z. „Dösen“ hier land- leste Woche im Kreise des Gesangsvereins eine harmonisch verlaufene Abschiedsfeier von Herrn Unterlehrer Fischer statt, welcher nach 3monatigem, erfolgreichem Wirken an der hies. Volksschule unser Südbaden verlassen muß. Besondere Verdienste erwarb er sich während seines kurzen Hierseins hieher- lich um die Leistung des Gesangsvereins, was auch im Laufe des Abends in anerkennenden Worten durch den Gesangs- bruder Schäbel entsprechend gewürdigt wurde. Herr Stadt- schulrat Herrmann gab dann seiner persönlichen Wertschät- zung des Herrn Fischer in trefflicher Weise Ausdruck und dankte ihm zugleich in seiner Eigenschaft als Vertreter der Stadt- gemeinde für seine ansehnlichen Leistungen an der hies. Volk- und Gewerbeschule, die erst dieser Tage bei der Schulprüfung zu Tage traten. Herr Fischer sprach der Schelbende für die ihm gezollten Anerkennungen seinen Dank aus und betonte, daß er in kurzer Zeit Heidenheim wieder zum erstenmal durch unter Vorl. von alt und jung mit freudlichem Gesichte begrüßt. So gehen wir wieder die Vorgänge eines täglich zweimaligen Vortrages.

Volmaringen, 2. Febr. Postwagenverkehr Nagold- Waiblingen. Nach mehrjähriger Unterbrechung des Postwagen- verkehrs Waiblingen-Nagold ist es dem Ansuchen der Stadt Nagold und den betr. Gemeinden gelungen, diesen Verkehr nun wieder zur Einführung zu bringen. Gestern nachmittag gegen 1/4 Uhr fuhr der gelb gefirbte Postwagen auf dem Rückweg Nagold-Waiblingen wieder zum erstenmal durch unter Vorl. von alt und jung mit freudlichem Gesichte begrüßt. So gehen wir wieder die Vorgänge eines täglich zweimaligen Vortrages.

Horb, 5. Febr. Verfehlt wurde Güterinspektor Bötle nach Löhningen.

Horb, 5. Febr. Vom Heimbachkraftwerk. Die Ver- waltung des Bezirksverbandes des Heimbachkraftwerks beab- sichtigt, ihren Sitz von Freudenstadt nach Horb zu verlegen; und steht zurzeit in Unterhandlungen mit der hiesigen Gewerbe- bank zum Zwecke des Kaufs des im Rohbau erstellten Pantenbaus.

Calw, 4. Febr. Der Fremdenverkehrsverein Calw ist wieder zu neuem Leben erwacht. Nach längerer fortgeschrittenen Bemühungen ist es gelungen, durch den Zusammenschluß von Wirten und Geschäftsleuten den Verein, dem die Inflation ein jähes Ende bereitet hatte, zu gestalten. Die Leitung hat Hotelier Hegler, Besitzer des Hotels Waldhorn, übernommen.

Freudenstadt, 5. Febr. Verfehlt wurde Bahnhofsinspektor Frank nach Horb.

Täglich kann abonniert werden.

Letzte Nachrichten.

Süddeutsche Reise des Reichskanzlers Dr. Luther.

Berlin, 5. Febr. Die Zeit meldet: Aus Münchener Regierungskreisen wird mitgeteilt, daß Reichskanzler Dr. Luther seine Besuche bei den süddeutschen Regierungen am 10. Februar in München eröffnen will. Von hier aus wird er dann nach Stuttgart und Karlsruhe weiterreisen.

Die Engländer räumen Engelskirchen.

Berlin, 5. Febr. Die Morgenblätter melden aus Engelskirchen: Von Seiten des englischen Kreisdeputierten in Solingen ist der Stadtverwaltung in Engelskirchen mit- geteilt worden, daß die gesamte Bejahung am Sonnabend Mittag von hier zurückgezogen werde.

Die Fraktionsausprache der Wirtschaftspartei.

Berlin, 5. Febr. In der gestrigen Aussprache der Landtagsfraktion der Wirtschaftspartei über die preussische Rabinetskriste, an der sämtliche Fraktionsmitglieder teil- nahmen, beschloß die Fraktion, in ihrer bisherigen Haltung zu verbleiben.

Partei vorparlamentarische der deutschen Volkspartei.

Berlin, 5. Febr. Wie der Vol.Anz. meldet, hielt der Parteivorstand der deutschen Volkspartei gestern nach- mittag eine inoffizielle Beratung ab, bei der auch die Pressen- frage besprochen wurde. Argendwelche Aenderung der Situa- tion hat sich aus dieser Beratung nicht ergeben; es wurden auch keine Beschlüsse gefaßt.

Ein Versuch Coolidge's in der Abriistungfrage.

Berlin, 5. Febr. Nach Meldungen aus Washington wird Frank Stearns, ein angesehener ehemaliger Kaufmann aus Boston und intimer Freund Coolidge's, der seit dessen Wahl zum Präsidenten im Weißen Hause wohnt, im per- sönlichen Auftrag des Präsidenten sich nach Europa begeben, um mit den europäischen Regierungen über die Abriistungsf- rage zu verhandeln. Frank Stearns, sagt man, wird die- selbe Rolle spielen wie Oberst House zu Zeiten des Präsi- denten Wilson.

Das französische Staatsdefizit.

Paris, 5. Febr. Die französische Kommission des Senats hat ihren Berichterstatter Berenguer über die Ein- nahmen und Ausgaben des Geschäftsjahres 1924 angehört. Die Ausgaben betrugen 32,399 Millionen Franken, die Einnahmen 28,749 Millionen Franken. Der Zeitbetrag beläuft sich demnach auf 3,650 Millionen Franken.

Kurzmeldungen.

Im preussischen Untersuchungsausschuß für den Fall Barmat-Kaufmann machte Abgeordneter Heilmann sensationelle Mitteilungen über die Verwendung Barmats als politischer Unterhändler durch das Reichspostministerium.

Der Danziger Völkerbundskommissar, Mac Donnell, hat in dem Poststreit zwischen Danzig und Polen sich res- los hinter Danzig gestellt.

Die deutsch-französischen Handelsvertragsverhandlungen werden heute vormittag wieder aufgenommen werden.

Der Finanzaußschuß des württ. Landtags genehmigte die staatliche Bürgschaft für einen Kredit von 10 Millionen Mark für das Handwerk.

Handelsnachrichten

Dollarkurs Berlin, 4. Febr. 4.205 Mk. New York 1 Dollar 170 London 1 Pfd. St. 20.10. Amsterdam 1 Gulden 1.699. 1/2 1 Franken 0.811 Mk.
Dollarkurs Heide 90.
Kriegsanleihe 6775.
Frantz. Franken 88.50 zu 1 Pfd. St. 18.50 zu 1 Dollar.

Ein Barmat-Werk. Wie es in dem „Barmat-Kongress“ ge- ging, zeigte die Hauptversammlung der „Deutschen Bierbrau- und Speisefabrik“ in Berlin-Spandau. Dieses Barmat- Werk hat 6 Direktoren, 100 Stellen und 170 Arbeiter. Bei einer Tageserzeugung von 200 Zentner Margarine ergab sich ein täglicher Verlust von 3000 Mark, es wurde aber ruhig fort- gearbeitet. Die Staatsbank, Reichsbank, Reichspost usw. geben ja das Geld dazu. Das Werk war ein reines Versorgungsunternehmen für die Günstlinge und Freunde Barmats.

Die milde Spekulation in Weizen auf dem Weltgetreidemar- ket hat sich auf den Getreidemarkt von Kalifornien ausgebreitet. Wäh- rend im letzten Jahr aus ganz Indien nur 627 Tausend Weizen ausgeführt worden waren, sind im Monat Dezember nach England allein mehr als 70 000 Tonsen ausgeführt worden. In Kalifornien haben die Umsätze eine bisher nie gekannte Höhe erreicht.

Stuttgarter Börse, 4. Febr. Das Geschäft bewegte sich heute in sehr ruhigen Bahnen. Da keinerlei Anregungen vorliegen, kamen nennenswerte Kursveränderungen nicht vor. Die Stim- mung war im allgemeinen bedäufel. Auch am Renten- markt lag Ruhezucht vor. Spitz. Reichsanleihe 0.775-0.781 Württ. Vereinsbank, Filiale der Deutschen Bank.

Berliner Getreidepreise, 4. Febr. Weizen märk. 24.80-25.20 Roggen 24.70-25. Wintergerste 25.50, Sommergerste 27.50, Soja 18.70-19.50, Weizenmehl 35.50-37.25, Roggenmehl 34.75 bis 36.75, Weizenkleie 16.80, Roggenkleie 16.50-16.60, Raps 33.00 Colzaöl 41.0-41.5.

Märkte

Crailsheim, 4. Febr. Pferdemarkt. Zufahrt: 2 Sengeln 25 Füllwägen, 46 Stuten und 2 Füllen, zusammen 145 Pferde. Wegen der hohen Preise ging der Handel anfangs langsam ab, aber besserte sich das Geschäft und wurde ein guter Umsatz erzielt. Für schöne Tiere wurden bis 1500 M bezahlt.

Diehlmarkt, Kirchheim. Zufahrt 18 Ferkel, Preis 200 bis 300 M, 20 Döfen, Preis 500-750 M, 26 Stiere, Preis 200 bis 650 M, 170 Kühe, Preis 200-700 M, 87 Kalbinnen, Preis 250-300 M, 150 Stüd. Schmalz, Preis 120-350 M, Handel flau. - **Kalen.** Zufahrt: 12 Paar Ochsen, 62 Stiere, 6 Ferkel, 23 Kühe, 121 Kalben und Jungvieh, 9 Kälber. Verkauf war nur 1 Paar Ochsen zu 1080-1300 M, 16 Stiere zu 330-410 M, Ferkel zu 250-350 M, 19 Kühe zu 170-570 M, 63 Kalben und Jungvieh zu 120-550 M, 4 Kälber zu 65-100 M. - **Der Taubemarkt** war gut besetzt und der Handel sehr lebhaft. Für 1 Paar keine Briefschilde wurden bis zu 12 M, für saubere Tauben 70 M bis 250 M bezahlt.

Schweinepreise. In Gung. Milchschweine 28, Käfer 80. - Kirchheim u. L. Milchschweine 20-35, Käfer 30-40. - Laingen. Saugschweine 15-30, Käfer 40-75. - Ried- lingen. Saugschweine 20-30, Käfer 40-60. - Rieder- herten. Saugschweine 25-35 M, je das Stück.

Fruchtpreise. Kalen: Roggen 13-14, Gerste 15, Haber 2.28 bis 11.50 M. - Laingen: Weizen 13.50-14.20, Roggen 13.50, Gerste 15.50-17.50, Haber 8.50-10.80 M. - Ebingen: Haber 9.80-10, Weizen 13.50-14 M. - Heidenheim: Weizen 14 Gerste 14.50, Haber 9-9.50, Roggen 12.90 M je der Fuder.

Vom württ. Rindviehmarkt. Der Verkaufsergebnis des Wolf- schweinehandels am 29. Januar zeigte folgende Ertragsbil- l: Rindviehhandel: 1. Hohen a. E. Gemeinde 121 (zu 127-145 %), 2. Heidenheim, Stadt 180 (zu 138.7-141.3 %), 3. Bernsdorf, Kreis Remgem 154 (zu 141-144 %), 4. Bernsdorf, Stadt 125 (zu 128-136 %), 5. Oberheim, Gemeinde 626 (zu 119.5 %), 6. Schöm- berg, Stadt 255 (zu 128-132 %), 7. Sulingen, Stadt 305 (zu 128-128 %). - 2. Papierholz: Hohenst. Württ. Forstverwaltung 112 (zu 1-3 M. unentz. zu 157 %).

Im Regensburg im neuen Buchenheimer auf 22.25 M. Buchenpreise auf 19 M, in Ebingen a. badene Trügel auf 19-25 M, badene Scheller auf 22-27 M pro Meter, badene Trügel auf 13-17 M, in Ebingen a. badene Scheller 17 bis 18 M, badene Trügel 15-17 M.

Das Wetter

Ueber Süddeutschland liegt zwar noch Hochdruck, aber Hoch- druckstörungen, die als Ausläufer des bei Island befindlichen Tiefdruckes nach Süddeutschland hereinragen, lassen für Freitag und Samstag mehrfach bedecktes, nachteiliges Wetter erwarten.

Wigbold's Tabletten
bei Husten, Heiserkeit, Katarrh

93

Dr. Thompson's Seifenpulver
bequem sparsam
Überall zu haben

20% Rabatt Weitere Beispiele meiner Billigkeit während meines 20% Rabatt

Saison-Ausverkaufs

nur 68 Pf. Flanell für Hosen, Unterröcke, Hemden etc.	nur 75 Pf. Blusenflanell prima Ware.	nur 98 Pf. Kleiderzeuge schöne Muster, extra stark.	nur 88 Pf. karierte Hemdenflanelle für Männerhemden, extra stark.	nur 1.75 M. doppelt breit Bett-Zitz kräftige Ware.
---	--	---	---	--

Lassen Sie sich die Gelegenheit nicht entgehen.

M. SCHLOSS, NAGOLD.

bis 13. Febr. bis 13. Febr.

Ämtliche Bekanntmachung.
Raus- und Klauenfunde.
In Reubengstett Oberamt Calw ist die Raus- und Klauenfunde ausgebrochen.
1. Sperrbezirk ist die Gemeinde Reubengstett;
2. Beobachtungsgebiet die Gemeinden Otzenbronn und Althengstett;
3. In dem Umkreis von 15 Km. um den Sperrbezirk sind u. a. folgende Gemeinden des Oberamtsbezirks Nagold: Schöndorff, Effingen, Wildberg, Sülzingen, Sulz.
In diesen Gemeinden ist die Abhaltung von Wädhern mit Klauenvieh, sowie der Haufstehende mit Klauenvieh, die Veranstaltung von Bestiarierungen von Klauenvieh und die Abhaltung von öffentlichen Fleischwädhern mit Klauenvieh verboten.
Nagold, den 4. Februar 1925. 504
Oberamt:
J. H. Dr. Reut. Dr. Amtmann.

Langholz-Verkauf.
Die Stadtgemeinde Nagold hat am Dienstag, den 10. Februar ds. Js. nachmittags 4 Uhr am Rathaus im öffentlichen Auftrieb folgendes Langholz zum Verkauf und zwar aus:
Thon Abt. 8
ca. 40 Fm La. u. Fi. u. 14 Fm Fo.,
Abt. 14
ca. 75 Fm La. u. Fi. u. 1 Fm Fo.,
Abt. 18
ca. 190 Fm. La. u. Fi.
Nebhaber sind zum Verkauf eingeladen.
506 Stadtschultheißenamt.

Langholz-Verkauf.
Aus dem Gemeindevwald kommen zum Verkauf im öffentlichen Auftrieb:
Forsten III. 12,24, IV. 35,03, V. 35,54,
S 8 a b. I. 0,73, II. 23,92, III. 42,03,
Fi., La. II. 1,23, III. 28,38, IV. 161,00, V. 161,93,
VI. 26,25.
Bedingungslose Angebote in ganzen Prozenten der staatlichen Goldmarktpreise ausgedrückt und mit der Aufschrift „Gebote auf Radeistammholz“ versehen, sind bis
491
Mittwoch, den 11. Febr. 1925, nachm. 1 Uhr beim Schulh. Amt einzureichen. Öffnung der Gebote zu dieser Zeit. Verkaufsbedingungen und Auszüge durch den Waldmeister.
Gemeinderat.

Egenhausen.
Entschiedenstehendes verkaufe ich 1 leichtes gut gefüttertes 498
Rasspferd 
samt fast noch neuem Geschirr,
passend für die Landwirtschaft. Alter 9-10 Jahre.
Fr. Gänble z. Ochsen.

Brennholz-Verkauf.
Am Montag, 9. Februar 1925 kommen aus Distrikt Rüberz, Abt. Rüberz, Hirsch, Kreuz, sowie, vorderer und hinterer Dreifsig, oord. Stielbündel zum Verkauf:
Beigeholz, Hadelholz: 152 Rm.
Reißig, Hadelholz, in Klagenlösen: 1460 Werten.
Zusammenkunft zum Vorzeigen um 1/2 Uhr auf der Höhe der alten Freudenstädterstraße beim Halterbacher Wegweiser. Verkauf 3 Uhr beim Pfanzschuldhäuschen in Abt. vord. Dreifsig.
479 Stadt. Forstverwaltung.

Brennholz- u. Bauholz-Verkauf.
Am Samstag den 7. Febr. 1925, nachm. 3 Uhr versteigern wir auf unserem Lagerplatz Nagold:
ca. 50 Rm. trockenes Brennholz, gebrauchte Bauhölzer u. Bretter sowie Hopfenstangen.
Bezahlung vor Abfuhr. 495
Gebrüder Theurer, Nagold.

Rauhe und rissige Haut
behandelt man am besten mit
Vaseline, Lanolincreme
oder mit einer nichtfettenden
Hautcreme
zum gründlichen Trocknen der Haut denkt man einen
guten Puder.
476 Zu haben
Löwen-Drogerie Nagold
Verbandsdrogist.

Wir suchen für den Bezirk Nagold tüchtigen **Vertreter** für unsere bekannten **„ADLER“-Fahrräder.**
Angebote von gut eingeführten Fahrradhandlungen an Adlerwerke vorm. Heinrich Kleyer A.-G., Filiale Stuttgart.
490

Am Freitag sind **Frische Seefische** 
zu haben bei 500
Lutz, Fischer.
Die neuen **Moden-Album**
für **Frühjahr-Sommer 1925** sind soeben erschienen und vorrätig bei **Buchhandl. Zaiser.**

Verloren
am Dienstag abend über die Vorstadt und Halterbacherstraße ein gültiges **Einfreibuch** (Kugelschreiberzeichen).
Es wird erbeten, dasselbe im „Gesellschafter“ abzugeben gegen Belohnung. 502
Suche ein fleißiges, ehrliches 494

Mädchen
im Alter von 17 Jahren an, für Haushalt u. kleine Landwirtschaft. Es ist gleichzeitig Gelegenheit geboten, das Kochen zu erlernen.
Frau Rosa Straßberger
Nagold.

Jungen,
welcher bis Frühjahr aus der Schule kommt, kann die Brot- u. Feinbäckerei erlernen bei **Ludwig Maier,** Bäckerei in Huchenfeld bei Pfalzheim (Baden).
503

Gesangbücher
in grosser Auswahl bei **G. W. Zaiser.**
Unterfertigen.
Eine bereits noch neue **Dreschmaschine** verkauft wegen Platzmangel
Hans Nr. 164.
9 Stück beschlagene, statte 461

Bauholz
sowie einen **Bienenkasten** (Birchenteiler) mit Rahmen verkauft der Obige.
Nagold. 493

Baumacker-Verkauf.
Verkaufe 14 a 49 qm Acker mit 19 schönen, meist trockenen Bäumen im Augenblick.
Nähere Auskunft erteilt die Geschäftsstelle ds. Bl.

Die künige 420
Museums-Gesellschaft
veranstaltet am Samstag, den 7. Februar von abends 1/2 8 Uhr ab im Traubensaal einen **Familien-Abend** mit Tanzunterhaltung u. sonstigen Darbietungen.
Hierzu werden die Mitglieder mit ihren Angehörigen höflich eingeladen. Nach den Statuten können die Mitglieder nur solche Personen als Gäste einführen, die von auswärts oder nur besuchsweise hier sind. Der Ausschuss.

499 Nagold, den 4. Febr. 1925.
Dankfagung.
Für die vielen Bemühungen herzlicher Liebe und Teilnahme, die mir während der Krankheit meines lieben, unvergesslichen Gatten, unseres lieben Vaters und Bruders **Joh. Georg Ungericht** erfahren durften, für die trostvollen Worte des Herrn Pfarrers, für den herrlichen Gesang des gemischten Chores, für die zahlreich Begleitung der Mittelschulvereine vom hier und auswärts, sowie für die sonstige zahlreiche Begleitung zur letzten Ruhestätte, sagen wir auf diesem Weg vielen, herzlichsten Dank.
Die tieftrauernde Gattin:
Sara Ungericht mit ihren Kindern.

Donnerstag und Freitag
Mehel-Suppe
bei **Aurlenbaur Gasthof zum „Löwen“.**

Schlagbare Wälder
und **Langholz** jeder Art sowie jeden Posten **Papierholz** **kauft ständig**
Josef Barth Inh.: M. Barth,
Stuttgart, 505
Hallerbergstr. 7 **Telefon 6274.**

Anzeigen
für die Samstag-Nummer wollen heute schon angegeben werden.

Bezugs-Preis
Monat, einjährl. 4
Trägerlohn 4
Eingehammer 10
Ercheint an jed. Werktag
Verbreitete Zeit im SA-Bez. N.
In Fällen höherer Preise
besteht kein Anspruch
auf Lieferung d. Bl.
oder auf Rückzahlung
des Bezugspreises
Telegraphisch: Nagold
Gesellschaftstag Nagold
Postfach-Nr. 511
Stuttgart 511

Nr. 30
I n
Der englische
griechische M.
ihre Regierung
Frieden im nah
Der merita
Zukunft sich
werden soll, an

Der Ka
Im Reichs
mit seiner Arbe
ihre wannenden
ferien abgege
haben zu dem
gerichtspräsident
eingerückt. Die
Verwaltungsbeh
genau voranbr
veränderte Ges
von Einkommen
der Wirtschaft
Mehrwert und
Betriebe mittel
10 Prozent des
Die Später
Erhöhung der
zurückgehende
Antrieben.
Die Geleg
Zeit der Sache
aus drei höch
früher rüfliche
bieten zusamme
Umständen, kan
verfügt. Wer
nischen Aufwe
nung ist herous
bei bis jetzt al
alle, man
an die Reihe
In der polnisch
Goldweir,
polnische
Hypothesen a
gebung liehen,
25 Prozent, im
20 Prozent, im
polen 15 Pro
parität. Hypo
50 Prozent an
leihen, Schuld
noch nicht gede
zett, Industrie
ebenfalls in die
Bränden. Be
lich nach den

Berlin, 6
schen Finanzm
von Schlie
aus. Danach
Körperschafts
etwa 1875 W
etwa 3000 R
Gemeinden, u
triebsoerwalt
ein Spielraum
150 Prozent
was eine bei
einer den geg
lichen Hausbo
den ersten F
meinen F
in Einklan
wollen der W
doch die Bände
Körperschafts
steuer mit 30
in unserer tag
entbehrlich. I
Weichregierun
belast. Die G
liche des Reich
Darum mu
ber versehen:
1. Der bis
des Reichs zu
bringen eine